

## Getrennte Sammlung und stoffliche Verwertung sind relevant

Am 04. Februar 2009 hat das Europäische Parlament den Klimaschutzbericht „2050: Die Zukunft beginnt heute – Empfehlungen für eine künftige integrierte EU-Klimaschutzpolitik (2008/2105(INI))“ verabschiedet. Vor dem Hintergrund, dass der Klimawandel ein globales Umweltproblem ist, hebt das Parlament hervor, „dass es dringend notwendig ist, die globale Erwärmung und den Klimawandel als neuen Parameter in alle Bereiche und Politikfelder zu integrieren und die Ursachen und Folgen der globalen Erwärmung und des Klimawandels in allen Bereichen der EU-Gesetzgebung zu berücksichtigen“. Das Parlament empfiehlt für die verschiedenen Politikfelder u.a. folgende Maßnahmen:

### • **Landwirtschaft**

(113) Die Kommission wird aufgefordert, die Landwirtschaft in die künftige integrierte europäische Klimaschutzpolitik explizit mit einzubeziehen und die Ausarbeitung von Reduktionszielen für den Ausstoß von Treibhausgasen, einschließlich Methan und Lachgas, zu prüfen.

(114) Das Parlament weist darauf hin, dass eine optimale Landbewirtschaftung den Humusgehalt der Böden erhöht. Ein verbessertes Anbaumanagement und die Vermeidung von unbegrüntem Brachen führt zu einer Steigerung der Kohlenstoffspeicherung im Boden.

(115) Das Parlament ist der Auffassung, dass eine optimale Praxis der Lagerung und Ausbringung von Mineraldünger einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion von Lachgasemissionen erbringen kann und fordert in diesem Zusammenhang, die Düngung mit organischer Masse anstelle von Mineraldünger weiter zu verstärken.

(120) Das Parlament stellt fest, dass der Ausbau von Biogasanlagen zur Energiegewinnung durch die Verarbeitung von Gülle einen ökonomisch wie ökologisch sinnvollen Beitrag zur Reduktion der Methan-Emissionen aus der Viehzucht leisten kann.

### • **Bodenschutz**

(132) Das Parlament fordert den Rat auf, seinen Gemeinsamen Standpunkt unter Berücksichtigung des Standpunkts des Europäischen Parlaments vom 14. November 2007 zu dem Vorschlag für eine EU-Bodenschutzrichtlinie zu verabschieden, um ein Gemeinschaftsinstrument für den Kampf gegen die Auswirkungen der Entwaldung, der Erosion und Wüstenbildung zu schaffen.

(133) Das Parlament fordert die Mitgliedstaaten auf, eine Politik des Bodenschutzes durch geeignete Bodenbearbeitungsmethoden zu etablieren, die der Bedeutung der organischen Substanz im Boden für die Bodenfruchtbarkeit, die Wasserspeicherkapazität und die Fähigkeit, als Kohlenstoffspeicher zu fungieren, Rechnung trägt sowie die Möglichkeit der Nutzung von Bio-Holzkohle (biochar) zu erwägen.

### • **Abfall- und Ressourcenmanagement**

(141) Das Parlament erkennt die Abfallhierarchie als Leitmotiv der europäischen Abfallpolitik an und fordert die Kommission auf, prozentuale Ziele für die Reduzierung, Wiederverwendung und Verwertung von Abfällen vorzuschlagen. Diese Zielvorgaben sind bei Bedarf zu überprüfen und höher anzusetzen.

(143) Das Parlament betont, dass die getrennte Sammlung von Bioabfall sowie die stoffliche Verwertung in erheblichem Maße zur Vermeidung direkter Emissionen aus Deponien beitragen.

(144) Das Parlament ist der Meinung, dass zur Vermeidung von Emissionen die grenzüberschreitende Verbringung von gemischten Haushaltsabfällen in der Europäischen

Union auf ein Minimum begrenzt werden sollte.

(145) Das Parlament ist der Ansicht, dass die Mitgliedschaften nach einer Auslaufphase mittelfristig ganz auf die Deponierung von unsortierten Haushaltsabfällen verzichten sollen.

Die Entschließung des Europäischen Parlaments „2050: Die Zukunft beginnt heute – Empfehlungen für eine künftige integrierte EU-Klimaschutzpolitik“ (P6\_TA-PROV(2009)0042) und der Bericht des Nichtständigen Ausschusses zum Klimawandel (A6-0495/2008) kann auf der Homepage der EU unter [www.europarl.europa.eu/](http://www.europarl.europa.eu/) heruntergeladen werden.

*Quelle: H&K aktuell 03/09, S. 3, Dr. Stefanie Siebert (BGK e.V.)*